

Zeitung für Lütz-Goldberg-Plau - Freitag, 18.02.2011

## Linke setzt auf von der Leyens Erklärung

### **Aufwandsentschädigung ehrenamtlich tätiger Hartz-IV-Empfänger soll nicht mehr angerechnet werden lütz**

Der Streit um die Hartz-IV-Reform bestimmt derzeit das politische Geschehen in Berlin. Die zunächst von Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) und SPD-Vize Manuela Schwesig geführte Verhandlung um höhere Regelsätze und Leiharbeit dürfte auch für einige Bürgermeister aus dem Landkreis Parchim von Interesse sein. Denn zur Sprache kamen hier auch die Protokollerklärungen der Arbeitsministerin. Aus diesen ginge hervor, dass die sogenannte Übungsleiterpauschale künftig nicht mehr auf den Hartz-IV-Satz angerechnet werden solle, berichtet Bundestagsabgeordnete Dr. Martina Bunge (Linke), die an den Verhandlungen teilgenommen hat. Auf ihre Nachfrage hin habe von der Leyen bestätigt, dass dies auch für die Aufwandsentschädigung ehrenamtlicher Bürgermeister gelten solle, so Bunge. Die Linke schöpft nun Hoffnung auf eine baldige Neuregelung für Hartz-IV-Empfänger, die ehrenamtlich tätig sind. Bisher wird deren Aufwandsentschädigung auf Hartz IV angerechnet und ihr Regelsatz somit von 350 auf bis zu 175 Euro gekürzt.

„Ich weiß nicht um das Schicksal der jetzigen Erklärung, aber ich werde Frau von der Leyen darauf festnageln“, sagt Martina Bunge. Ihrer Meinung nach, sei es lediglich eine Frage der Zeit, ein Zurück gebe es jetzt nicht mehr. Werde die Debatte aber dennoch ohne diese Neuregelung beendet, werde sie einen entsprechenden Antrag einreichen, sagt Bunge. „Aber zur Zeit wäre das eher kontraproduktiv“, so die Bundestagsabgeordnete.

Ohnehin müsse ein entsprechender Druck auf die Bundespolitik von der Basis ausgehen, betont Linken-Kreisfraktionsvorsitzende Ellen Raeschke. „Das muss parteiübergreifend passieren. Es geht um die Sache“, betont sie. Die derzeitige Regelung, sei nicht weiter hinnehmbar. Gerade angesichts der Tatsache, dass 2011 zum Europäischen Jahr des Ehrenamtes bestimmt wurde, sei dies nicht nachvollziehbar. „Für mich ist das Populismus“, sagt Raeschke. Damit sich das ändere, müssen Betroffene und Nicht-Betroffene gleichermaßen an einem Strang ziehen, sagt sie. „Ich bin optimistisch, dass sich der ein oder andere aus dem Hinterstübchen wagt“, sagt Raeschke. Je mehr Schreiben die Bundestagsabgeordneten zu dieser Sache erhielten, desto schneller sehen sie Handlungsbedarf, so die Kreisfraktionsvorsitzende. „Und wenn die anderen nichts machen, müssen wir als Linke das eben forcieren“, sagt Raeschke.

Forcieren wollen die Linken auch einen weiteren Brennpunkt: das freiwillige soziale Jahr (FSJ). Die

Aufhebung der Wehrpflicht ist mit großen Veränderungen hinsichtlich der Finanzierung von Freiwilligendiensten einhergegangen. Während große Träger sich mit dem Bund auf Übergangslösungen einigten, blieben kleine Träger bislang auf der Strecke. FSJ-ler wie die des Berliner Kinderringes, die am Lübzer Eldenburg-Gymnasium und an der Plauer Schule beschäftigt sind, stehen vor dem Aus (wir berichteten). Um für sie eine Lösung zu erwirken, will Heidrun Dittrich (Linke) das Problem auf Bundesebene am 14. März in eine entsprechende Anhörung einbringen.

**anbe**